

An den
 Vorsitzenden des Ausschusses
 für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/
 Vergabe/Internationales
 Herrn Bernd Petelkau

Rathaus · 50667 Köln
 Fon 0221. 221-23830
 Fax 0221. 221-23833
 fdp-fraktion@stadt-koeln.de
www.fdp-koeln.de

Herrn
 Oberbürgermeister Jürgen Roters

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 22.09.2014

AN/1175/2014

Änderungs- bzw. Zusatzantrag gem. § 13 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	22.09.2014

Aktionsplan für ein sicheres Köln

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
 sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Köln bittet Sie, folgenden Änderungsantrag auf die Tagesordnung der Ausschusssitzung am 22.09.2014 zu setzen. Der Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln „Aktionsplan für ein sicheres Köln“ (AN/0997/2014) soll um folgende drei Punkte ergänzt werden:

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Ausschuss fordert den Kölner Oberbürgermeister auf, den Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Köln und dem Polizeipräsidium Köln zur Verbesserung der Sicherheit in Köln auch in den nächsten Jahren fortzuführen. Dem zuständigen Ausschuss Allgemeine Verwaltung, Recht, Vergabe und Internationales ist durch den Stadtdirektor ein Erfahrungsbericht über die Zusammenarbeit vorzulegen. Darin ist darzustellen, in welchen Handlungsfeldern des Kooperationsvertrages die Zusammenarbeit vollzogen wurde und in welchen Handlungsfeldern die Zusammenarbeit noch intensiviert werden muss.
2. Auch muss die aus der „Vision 2010: Köln als sicherste Millionenstadt!“ entstandene Kölner Sicherheitskonferenz mit Stadt, Polizei, Staatsanwaltschaft und Justiz zur Vorbereitung gemeinsamen und abgestimmten Handelns weiterhin stattfinden, um einer weiteren Negativentwicklung in der Kriminalitätsbekämpfung vorzubeugen.
3. Die Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und städtischem Ordnungsdienst ist weiter auszubauen. Dies ist umso dringlicher, da der Kölner Polizeipräsident ankündigte, sich zukünftig verstärkt auf die polizeilichen Kernaufgaben Strafverfolgung und Ge-

fahrenabwehr zu konzentrieren und bei anderen Aufgaben auf die Kooperation mit Partnern, wie die Stadt Köln, zu setzen. Die Stadtverwaltung ist darum aufgefordert, mit ihrem städtischen Ordnungsdienst die sichtbare Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum mit zu steigern. Der gemeinsame Streifendienst von Polizei und städtischen Ordnungsdienst ist deshalb auf alle Stadtteile und auf den ÖPNV auszu-dehnen.

Begründung:

Die Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Ulrich Breite
Fraktionsgeschäftsführer